



Pressedienst

8. Juli 2021

274/2021 **2,8 Millionen für Merklinde: Ministerin Ina Scharrenbach übergibt Förderbescheid**

275/2021 Stadt investiert fast vier Millionen Euro
Bauarbeiten in Schulen während der Sommerferien

276/2021 Bürgermeister für den Frieden
Castrop-Rauxel zeigt Flagge gegen Atomwaffen





8. Juli 2021

274/2021

2,8 Millionen für Merklinde: Ministerin Ina Scharrenbach übergibt Förderbescheid

Ein Begegnungszentrum, die Umgestaltung der ehemaligen Friedrich-Harkort-Schule und ein Quartierfonds für Merklinde. Dies sind nur ein paar der vielen verschiedenen Maßnahmen, die künftig im Stadtteil Merklinde umgesetzt werden sollen. Einige können bereits in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Möglich ist dies durch die Förderung aus dem Städtebauförderprogramm des Bundes und des Landes NRW. Ina Scharrenbach, NRW-Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, überreichte am Donnerstag (08.07.) der Stadt Castrop-Rauxel offiziell den Förderbescheid.

Ministerin Ina Scharrenbach: „In diesen Zeiten ist die Städtebauförderung ein Mutmacher und Impulsgeber für Solidarität und Zusammenhalt. Auch Castrop-Rauxel war durch die Corona-Pandemie stark gefordert. Die Gelder für die Städtebauförderung sind deshalb jetzt ein wichtiges Zeichen. Mit den Mitteln möchten wir Castrop-Rauxel dabei helfen, jetzt wieder richtig durchzustarten.“

Seit 2017 arbeiten Stadtverwaltung, Politik und verschiedene lokale Akteure gemeinsam und kontinuierlich an einer Quartiersnachhaltigkeitsstrategie.





Pressedienst

Seite 2

2019 ist daraus das integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept – kurz ISEK – für Merklinde entstanden. Ziel war es eine schlüssige Gesamtkonzeption aufzustellen, die zur sozialen Stabilisierung und Entwicklung des Stadt- und Sozialraumes beitragen kann.

So wurde mit dem ISEK zugleich die Voraussetzung für die Beantragung von Fördermitteln in 2020 geschaffen. Mithilfe der Fördersumme kann nun unter anderem die ehemalige Friedrich-Harkort-Schule umgestaltet und ein neues Begegnungszentrum mit Stadtteilbüro für die Bewohner des Stadtteils eingerichtet werden.

„Gerade das Bürgerzentrum in der ehemaligen Friedrich-Harkort-Schule ist eines der wichtigsten und ersehntesten Projekte des ISEK. Darum freuen wir uns sehr, nun das Projekt angehen zu können“, betont Stadtbaurätin Bettina Lenort. Aber nicht nur das Gebäude der Friedrich-Harkort-Schule, auch private Eigentümer können vom Fassaden- und Hofflächenprogramm profitieren und z.B. Zuschüsse für einen Fassadenanstrich oder eine Hofentsiegelung bei der Stadt beantragen. „So können auch im Kleinen Maßnahmen mit privatem Engagement durchgeführt werden, die im Gesamten zu einer positiven Entwicklung im Stadtteil beitragen“, so Bettina Lenort. „Bereits in der Vergangenheit haben wir gemerkt, mit wie viel Herzblut viele Merklinder sich an der Entwicklung ihres Stadtteils beteiligen und auch in einem Stadtteilverein organisiert sind.“





Pressedienst

Seite 3

Dafür sind wir sehr dankbar, denn wir wissen, dass solche großen Projekte nur gemeinsam und in einer guten Zusammenarbeit funktionieren können.“

„Wie engagiert viele Bürgerinnen und Bürger in Castrop-Rauxel sind, erleben wir als Stadtverwaltung immer wieder“, erklärt Bürgermeister Rajko Kravanja. „Mit dem ISEK ist hier aber eine wunderbare Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Bürgern entstanden. Dass nun die vielen Treffen und Ausarbeitungen der Projekte und Maßnahmen belohnt werden, freut uns umso mehr! Mit ihr haben wir jetzt die Möglichkeit ganz bestimmte Projekte tatsächlich zu realisieren und Merkinde so noch lebenswerter für jeden Einzelnen zu machen.“

In den nächsten Wochen, Monaten und Jahren wird nun intensiv an der Umsetzung der ersten Maßnahmen gearbeitet. Verschiedene Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei der Ausgestaltung der Maßnahmen sind dabei weiterhin vorgesehen.

Zum Landesprogramm Städtebauförderung NRW:

Das Land Nordrhein-Westfalen und der Bund stellen Städtebaufördermittel zur Verfügung, um insbesondere ländliche und städtische Räume mit erhöhten strukturellen Schwierigkeiten zu unterstützen und um die Attraktivität der Städte und Gemeinden als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu stärken.





Pressedienst

Seite 4

Dabei gliedert sich die Städtebauförderung in unterschiedliche Teilprogramme: „Lebendige Zentren – Erhalt und Entwicklung der Stadt- und Ortskerne“, „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“ und „Wachstum und nachhaltige Erneuerung – Lebenswerte Quartiere gestalten“. Die Fördermittel für den Stadtteil Merklinde erhält Castrop-Rauxel aus dem Teilprogramm „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten“.





8. Juli 2021

275/2021

Stadt investiert fast vier Millionen Euro

Bauarbeiten in Schulen während der Sommerferien

Traditionell nutzt die Stadtverwaltung die Sommerferien dazu, notwendige Baumaßnahmen in den Schulen voranzutreiben - insbesondere Arbeiten, die im laufenden Schulbetrieb nicht möglich sind. Während dieser Ferien investiert das städtische Immobilienmanagement fast vier Millionen Euro in sieben Schulgebäude und zwei Sporthallen und lässt insgesamt 13 einzelne Maßnahmen durchführen.

Die größte Summe fließt mit 2,3 Millionen Euro in die Reaktivierung des Schulstandortes an der Waldenburger Straße, an dem nach den Ferien die Neue Gesamtschule Ickern mit vier fünften Klassen an den Start gehen wird. Im ersten Bauabschnitt erfolgt eine Fassadensanierung zur Waldenburger Straße hin. In diesem Zuge werden ebenfalls die alten Fenster ausgetauscht und ein außenliegender Sonnenschutz installiert. Im Gebäude werden die WC-Anlage für Schüler und Lehrer sowie sieben Klassen-, zwei Differenzierungsräume, ein Kunstraum und ein naturwissenschaftlicher Raum sowie Nebenräume, Flure und Treppenhäuser grundsaniert. In den Räumen erfolgen neben Spachtel- und Malerarbeiten auch der Einbau eines neuen Oberbodens, einer Akustikdecke sowie die Installation neuer Heizkörper. Des Weiteren müssen die Klassenraumtüren inklusive der Zargen erneuert werden. In diesem Zuge erhält das gesamte Objekt eine neue Schließanlage.





Pressedienst

Seite 2

Die Unterrichtsräume sowie der komplette Verwaltungsbereich werden für digitales Arbeiten mit einer LAN/W-Lan Infrastruktur ausgestattet. Die Fünftklässler der Neuen Gesamtschule Ickern werden im ersten Schuljahr hauptsächlich das kürzlich renovierte Nebengebäude nutzen.

Weiterhin werden in der Sporthalle des Adalbert-Stifter-Gymnasiums (ASG) in der Castroper Altstadt der zweite Teil der Umkleiden erneuert sowie die Betonsanierung an den außenliegenden Stützen durchgeführt. Eine Betonsanierung findet ebenfalls an der Fassade von Haus 2 des ASG statt, und in Haus 1 wird die Eingangstreppe saniert. An der Mensa der Willy-Brandt-Gesamtschule (WBG) an der Bahnhofstraße erhalten das Flachdach sowie die dazugehörige Glaspyramide eine Sanierung. Außerdem erfolgt der zweite Bauabschnitt der Fenstersanierung. Im Schulgebäude werden die letzten beiden Außentoiletten saniert, und die Arbeiten für die Lan/W-Lan Infrastruktur sollen abgeschlossen werden.

Eine Erneuerung der Fenster, ebenfalls im zweiten Bauabschnitt, steht aktuell auch in der Martin-Luther-King-Schule am Standort Uferstraße in Ickern an. Neue Klassen- und Brandschutztüren inklusive einer neuen Schließanlage erhält die Grundschule Am Busch, und in der Sporthalle wird die ballwurfsichere Decke ausgetauscht. Als im Vergleich dazu kleinere, aber nicht weniger notwendige Maßnahmen werden in der Wilhelmschule die Treppenbeläge erneuert und im Ernst-Barlach-Gymnasium (EBG) Klassenraumtüren ausgetauscht.





Pressedienst

Seite 3

Nicht alle Arbeiten werden vor Beginn des neuen Schuljahres abgeschlossen sein, jedoch wird darauf geachtet, dass in diesen Fällen der Schulbetrieb nach den Ferien so wenig wie möglich beeinträchtigt wird. Die finanziellen Mittel von insgesamt 3.976.000 EUR stammen aus unterschiedlichen Förderprogrammen sowie aus dem städtischen Haushalt.





8. Juli 2021

276/2021

Bürgermeister für den Frieden

Castrop-Rauxel zeigt Flagge gegen Atomwaffen

Um sich für die Abschaffung von Atomwaffen einzusetzen, zeigen am 8. Juli die deutschen Mitglieder des weltweiten Bündnisses Mayors for Peace Flagge. Auch Bürgermeister Rajko Kravanja hisste die Mayors for Peace-Flagge, die nun einige Tage vor dem Rathaus am Europaplatz wehen wird.

Dieses Jahr begehen die deutschen „Bürgermeister*innen für den Frieden“ am Flaggentag ein Doppeljubiläum:

Vor 25 Jahren, am 8. Juli 1996, veröffentlichte der Internationale Gerichtshof in Den Haag ein bemerkenswertes Rechtsgutachten. Der Gerichtshof stellte fest, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen generell gegen das Völkerrecht verstoßen. Zudem stellte er fest, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung besteht, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“ Damit steht das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes gleichsam am Anfang eines „Nach-Nuklearen“ Zeitalters.





Pressedienst

Seite 2

Um an dieses wegweisende Gutachten zu erinnern, führte die Landeshauptstadt Hannover als Vizepräsidentin der Mayors for Peace vor genau zehn Jahren den sogenannten Flaggentag in Deutschland ein. Mittlerweile beteiligen sich deutschlandweit immer mehr Städte an der Aktion, rund 400 Bürgermeister*innen zeigen am Donnerstag, 8. Juli, Flagge gegen Atomwaffen.

2021 steht der im Januar in Kraft getretene Atomwaffenverbotsvertrag im Fokus des Flaggentages. Die Atommächte haben den Vertrag nicht unterzeichnet, und auch Deutschland ist dem Verbotsvertrag bislang nicht beigetreten. Weltweit appellieren die Mayors for Peace daher an ihre jeweiligen Staaten, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, so auch in Deutschland an diesem Flaggentag.

Bürgermeister Rajko Kravanja erklärt: „Noch immer verfügen die Atommächte über schätzungsweise 13.080 Atomwaffen. Waffenarsenale werden modernisiert und mehr Nuklearwaffen als bisher einsatzbereit gehalten. Das ist nicht hinnehmbar. Daher setzen wir uns am Flaggentag für die Abschaffung der Atomwaffen und einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag ein. Als ersten Schritt auf diesem Weg sollte Deutschland als Beobachter an der Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in 2022 teilnehmen.“





Pressedienst

Seite 3

Das Bündnis Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Das weltweite Netzwerk setzt sich vor allem für die Abschaffung von Atomwaffen ein, greift aber auch aktuelle Themen auf, um Wege für ein friedvolles Miteinander zu diskutieren. Mehr als 8.000 Städte gehören dem Netzwerk an, darunter mehr als 700 Städte in Deutschland. Rund 400 Städte in Deutschland beteiligen sich in diesem Jahr am Flaggentag.

Weitere Informationen erhalten Interessierte auf der Internetseite www.mayorsforpeace.de

